

Wertbewusst realistische Außenpolitik

Volker von Prittwitz

Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik produziert vielfältige Outputs, beispielsweise humanitäre und diplomatische Aktivitäten oder Sanktionen; sie erscheint oft aber wirkungsschwach, manchmal, so im Nahost-Konflikt, sogar orientierungslos – keine guten Voraussetzungen im Kampf um Frieden, Demokratie und verantwortungsvolles globales Handeln. Dem wird das Konzept wertbewusst realistischer Außenpolitik gegenübergestellt, zunächst anhand einzelner Herausforderungen, dann im Zusammenhang.

Ukraine-Krieg

Entgegen seiner Kriegspropaganda wurde Russland vor dem Ukraine-Krieg weder von der Ukraine noch von einem NATO-Mitglied militärisch angegriffen; vielmehr bestanden bis zum 24. Februar 2022 funktionierende wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen Russland und seinen näheren und weiteren europäischen Nachbarstaaten: Im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 hatten die russische Föderation, das Vereinigte Königreich und die USA der Ukraine Sicherheitsgarantien gegeben im Gegenzug dazu, dass diese dem Atomwaffensperrvertrag beitrug und auf ihrem Territorium alle Nuklearwaffen beseitigte. Am 31. März 1997 erkannte der russische Staatspräsident Boris Jelzin die Unabhängigkeit der Ukraine noch einmal bilateral im russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag vom 31. März 1997 mit der expliziten Erklärung an, die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen zu achten.

All dem zum Trotz überfiel Russland die Ukraine am 24. Februar 2022 mit Truppen und Raketen, ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Fast täglicher russischer Raketen- und Drohnen-Terror, Folter, Vergewaltigung sowie die Verschleppung von Kindern in den von Russland besetzten Gebieten bilden Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Schließlich haben Putin und sein Umfeld, insbesondere der frühere Ministerpräsident Medwedew, Staaten, die die Ukraine unterstützen, mehrfach verklausuliert mit einem atomaren Angriff gedroht.

Wie erklärt sich dieses Verhalten? Russland, das bei weitem größte Flächenland der Erde mit reichen Bodenschätzen und einer reichen Kultur, könnte bestens in friedlichem Austausch mit allen seinen europäischen Nachbarstaaten leben. In Russlands Regierung dominiert allerdings konfrontatives Interessen-, Macht- und Freund-/Feind-Denken. Staatspräsident Wladimir Putin will offensichtlich als großer Eroberer in die Geschichte eingehen und erhebt dementsprechend ausgreifende Machtansprüche. So akzeptiert er in seinem angestrebten Macht- beziehungsweise *Interessen*-Bereich keine nationalstaatliche Unabhängigkeit und keine Freiheit, sondern betrachtet diese als *Angriff gegen Russland* – eine machtlogische Projektion.

In dieser Projektion annektierte Russland 2014 die Krim, kurz nachdem der russland-freundliche ukrainische Präsident Victor Janukowytsch unter dem politischen Druck des Euromaidan zurückgetreten war. Vermittelt durch russlandorientiert separatistische Kräfte annektierte es dann Gebiete im südost-ukrainischen Donbass und überfiel 2022 die gesamte Ukraine (*Spezialoperation Z*). In seiner Petersburger Pressekonferenz vom 25. Juni 2022 drückte Putin schließlich sein Eroberungsdenken ganz unverblümt in dem Worten aus: *Wo ein russischer Soldat steht, das gehört uns*.

Diese Denk- und Vorgehensweise korrespondiert mit inneren Veränderungen Russlands. So ist die Tradition stalinistischen Denkens inzwischen im Land wieder offiziös verankert und wird nach Kräften gestärkt; die Gleichstellung der Frau und letzte Freiheiten oppositionellen Denkens, damit Demokratie, sind beseitigt; die russisch-orthodoxe Kirche unterstützt und überhöht Putins Angriffskrieg; Theorien russischer Überlegenheit und Macht von Alexander Dugin und anderen haben stark an Einfluss gewonnen und eine staatsnahe Internet- und Offline-Szene von Kriegsbegeisterten und Kriegsgewinnlern floriert.

Da das imperialistisch gestimmte Russland durch seine Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf, durch die forcierte Entwicklung von Angriffswaffen sowie durch die weitgehende Umstellung auf Kriegswirtschaft einen längeren Angriffskrieg führen kann, führt es ihn – ein Krieg, den andere Autokratien, so Belarus, China, Nord-Korea und der Iran, sowie das autoritär hinduistisch regierte Indien (mittels massiver Öl-Käufe), unterstützen. Hierbei hat sich in den letzten Monaten das totalitäre Nord-Korea durch eigene Truppen-Kontingente hervorgetan.

Demgegenüber versucht die Ukraine, ihr Territorium bestmöglich zu verteidigen und ihre Bevölkerung gegen die terroristischen Angriffe zu schützen – mehr oder weniger entschlossen unterstützt durch Staaten, die die Geltung des Völkerrechts schützen wollen und sich auch selbst durch die russische Aggression bedroht fühlen, labil unterstützt oder behindert durch die USA, deren Präsident zwischen der Bewunderung Putins als entschlossenem Machthaber und eigenen Interessen hin- und herschwankt.

Die hinhaltende Gegenwehr der Ukraine und eine Fülle von Sanktionen gegen Russland haben die russische Aggression allerdings nicht gestoppt; Putin kann sich angesichts laufender Geländegewinne im Donbass und der zunehmenden Erschöpfung der ukrainischen Verteidiger und Bevölkerung vielmehr reelle Hoffnungen auf einen militärischen Sieg machen. Inzwischen versucht er auch, NATO-Mitglieder wie Polen durch hybride Attacken, so angeblich verirrte Drohnen, zu verunsichern mit dem erkennbaren Ziel, die NATO-Leistungen für die Ukraine zugunsten nationaler Selbstverteidigung zu verringern. Und nicht nur dies: Putin propagiert sein Vorgehen als Instrument zur Etablierung einer *neuen Weltordnung* gegen die bisherige Herrschaft *des Westens* – eine Darstellung, die von Rechts- und Linkspopulisten vieler Länder nur zu gerne aufgenommen und propagandistisch überhöht wird.

Angesichts dessen stellt sich die bisherige Unterstützung der Ukraine als nicht ausreichend, ja teilweise als kontraproduktiv dar. So folgen besonderen Grausamkeiten Putins mehr oder weniger routinemäßig halbherzig durchgeführte *Sanktionen* einer vor allem europäischen Ländergruppe. Diese Sanktionen kann Russland aber größtenteils selbst oder durch Kooperation mit China und Indien umgehen beziehungsweise ausgleichen. Zudem verdeckt der Eindruck, die Ukraine würde nur durch *den Westen* unterstützt, die Tatsache, dass Putin geltendes Völkerrecht bricht und systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht – Sachverhalte, die die gesamte Völkergemeinschaft angehen. Schließlich erfüllen Sanktionen ihre Funktion als Strafmaßnahme nur in einem gemeinsam anerkannten Verfahren; Putin aber greift das geltende Völkerrecht gerade an und akzeptiert dementsprechend keine hierdurch legitimierten Sanktionen, sondern propagiert diese als gegen ihn gerichtete Formen der *Herrschaft des Westens*.

In der UN-Generalversammlung vom 2. März 2022 wurde der russische Überfall auf die Ukraine mit 141 gegen lediglich 5 Gegenstimmen (Russland, Belarus, Nordkorea, Syrien, Eritrea) bei 35 Enthaltungen (unter anderem China) scharf missbilligt. In der Folge unterstützten Länder aus aller Welt in unterschiedlichen Formen die Ukraine in ihrem Kampf, darunter asiatische, südamerikanische, afrikanische und ozeanische Länder. Dennoch wurde und wird Putins Angriffskrieg bisher nicht durch die Vereinten

Nationen gestützt und so entschlossen militärisch gekontert, dass sich Russland zurückziehen oder auch nur verhandeln will.

Demgegenüber sollte die europäische Außenpolitik zielorientiert mit klarem Blick für die gegebenen Bedingungen handeln:

1. Putin assoziiert den Ukraine-Krieg mit dem Kampf um eine neue Weltordnung. Dieser Kampf sollte öffentlich in aller Konsequenz angenommen werden, so unter Fragen wie: A) *Was leistet die völkerrechtsbegründete Weltordnung?* B) *Inwiefern hat sie Schwächen, inwiefern noch Entwicklungspotentiale über den gegenwärtigen Stand hinaus?* C) *Was würde Putins neue Weltordnung (ohne geltendes Völkerrecht, womit nur die Macht des militärisch Stärkeren zählt) voraussichtlich bewirken?* D) *Was würde sie für die allgemeine Wohlfahrt bedeuten, was für die Unabhängigkeit jedes einzelnen Staats auf der Erde?* E) *Könnte es demnach überhaupt noch rechtsstaatliche Demokratien geben?* F) *Bestünde überhaupt noch die Chance darauf, frei und friedlich zusammen zu leben?*
2. Der Schutz des geltenden Völkerrechts, allgemeiner gefasst, gegenseitigen Respekts, ist Aufgabe der gesamten Völkergemeinschaft, die sich bisher in Form der Vereinten Nationen organisiert hat. Dementsprechend sollte der effektive Schutz der Ukraine Aufgabe und konkretes Ziel der Vereinten Nationen werden.
3. Die Völkergemeinschaft sollte in ihren Rechten und Fähigkeiten massiv gestärkt werden und sich nach den heutigen Bedingungen fair selbst koordinieren.
4. Die Organisation der Völkergemeinschaft, heute die Vereinten Nationen, sollte über effektive politische und ökonomische Sanktionsmacht gegen jeden Bruch des Völkerrechts verfügen. Militärisches Handeln gegen ihre Entscheidungen nach Kriterien des geltenden Völkerrechts sollte als hochgradig illegitim gelten und behandelt werden. Wer nationalstaatliche Grenzen nicht respektiert, trifft damit auf die entschlossene Gegenwehr der gesamten Völkergemeinschaft.
5. Rechtsstaatliche Demokratie entspricht den Grundsätzen der Vereinten Nationen in besonderem Maß, da sie ihrer Selbstorganisation unverbrüchliches gleiches Recht und gesicherte Freiheiten zugrunde legt, die in der UN-Charta sowie der Menschenrechts-Charta festgelegt sind.

Dass diese perspektivischen Ziele einer Menschheit von Putin nicht akzeptiert, ja bekämpft werden, bedeutet nicht, dass sie sinnlos oder irrelevant wären. Im Gegenteil: Erst durch sie bekommt der Schutz der Ukraine eine tragfähige Perspektive gegenüber rechts- und linkspopulistischem Denken – ein Moment der Stärke gegen Putins Angriffskrieg und Propaganda.

Israel-/Palästina-Konflikt

Bereits vor der einseitigen Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 trafen jüdische Einwanderer und Palästinenser überwiegend feindlich aufeinander, so bei jüdischen Einwanderungswellen in Palästina im ersten Teil des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen dieser Zeit (Britisches Mandat bis 1948, innerarabische Interessendifferenzen, Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, UN-Deklarationen).

Besonderer geschichtlicher Hintergrund dieser Einwanderung waren die zwei Jahrtausende lange Zerstreuung (*Diaspora*) der Juden in aller Welt und Formen schlimmster Verfolgung bis hin zum Völkermord, den das deutsche NS-Regime während des Zweiten Weltkriegs an rund zwei Dritteln aller damals lebenden europäischen Juden, insgesamt 5,6 bis 6,3 Millionen Menschen, beging. Angesichts dessen wurde der von Theodor Herzl entwickelte (zionistische) Plan einer gemeinsamen Heimstatt des

jüdischen Volks im 20. Jahrhundert mit zunehmenden Realisierungschancen zu einer jüdischen Perspektive und schließlich zur Wirklichkeit in Form des Staates Israel. Dieser allerdings bedeutete und bedeutet, vermittelt durch Kriege und aggressive jüdische Landnahme, für Millionen von Palästinensern Vertreibung und Entrechtung.

Dieser Konflikt ist bis heute nicht beigelegt; im Gegenteil: Im Zeichen der immer mehr durch die Siedlerbewegung bestimmten Netanjahu-Politik, der konfliktverschärfenden Rolle des US-amerikanischen Präsidenten Trump und der brutalen Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 mit anhaltender Geiselnahme wird er heute vernichtender denn je ausgetragen: durch systematische Bombardierung des Gaza-Streifens, die immer wieder neue Vertreibung der Bevölkerung von einem Ort zum anderen, Aushungerung und die gezielte Erschießung hungriger Palästinenser – Formen des Völkermords. Wer diese Vorgehensweisen auf jüdischer oder palästinensischer Seite als Mittel legitimer Selbstverteidigung auffasst, hat jeden Maßstab sachlicher Beurteilung verloren; denn Selbstverteidigung heißt, sich selbst zu verteidigen, nicht aber, die jeweils andere Bevölkerung zu vertreiben oder gar zu vernichten.

Hierbei sind die Palästinenser seit dem verlorenen Palästinakrieg Ende der 1940er Jahre die erkennbar schwächere, heute weit schwächere Seite, die um ihr politisches und zunehmend auch physisches Überleben kämpfen muss – eine Tatsache, die die Gewaltorgie der Hamas vom 7. Oktober 2023 in keiner Weise rechtfertigen und auch nicht taktisch begründen kann; im Gegenteil: Gerade sie samt der bis heute bestehenden Geiselnahme dient der Netanjahu-Regierung als hauptsächliche Begründung ihres Vorgehens im Gazastreifen und Westjordan-Land.

Israel ist trotz des Terrorangriffs der Hamas nicht dazu legitimiert, das palästinensische Volk zu vertreiben oder gar auszulöschen – eine Auffassung, die, abgesehen von der Trump-Regierung, weltweit akzeptiert wird. Angesichts dessen stellt sich die europäische, insbesondere deutsche, Außenpolitik zwar als problembewusst, aber widersprüchlich und hilflos dar: So selbstverständlich Juden (wie alle Menschen) frei und sicher in einem von ihnen bestimmten staatlichen Rahmen leben können müssen, so abwegig ist, auf Israel die – letztlich auf Machiavellis frühabsolutistische Schrift *Il Principe* zurückgehende – Vorstellung einer bedingungslosen *Staatsräson* zu beziehen; denn damit wird jedes Vorgehen, das Israel als Selbstverteidigung ausweist, ungeprüft und bedingungslos gebilligt, gerechtfertigt und sogar, etwa im Kampf gegen Anti-Semitismus, verbindlich erklärt. Nach diesem Denkmodell geraten insbesondere die USA und Deutschland in einen scharfen Gegensatz zu völker- und menschenrechtsbewusster Politik, ja sie erscheinen als Unterstützer von Imperialismus und Unmenschlichkeit.

Demgegenüber ist zu festzuhalten: Auch der Israel-/Palästinakonflikt durchlief Phasen der Annäherung und partiellen Verständigung, so nach dem Palästinakrieg Ende der 1940er Jahre, nach dem Sechstage-Krieg in den späten 1960er Jahren und vor allem in den frühen 1990er Jahren (Rabin/Arafat/Clin-ton). Zudem hat es Inner- wie außerhalb Israels immer auch jüdisch-palästinensische Kooperationsprojekte gegeben und jüdisch-palästinensische Heiraten sind nicht selten. Die beidseitige Scharfmacherei, die seit Jahren im Israel-/Palästina-Konflikt herrscht, ist also keineswegs alternativlos. Vielmehr könnte der Konflikt weit konstruktiver ausgetragen, ja sogar gelöst werden, wenn die unmittelbar und mittelbar Beteiligten anders denken und handeln würden.

Hierzu könnte und sollte die Europäische Union, statt sich hinter einer humanitären Rolle zu verstecken, eine klare Politik zugunsten gegenseitigen Respekts in gemeinsamer Verantwortung betreiben. Demnach würden israelische und palästinensische Akteure unterstützt, die die jeweils andere Seite respektieren und für Lösungen in gemeinsamer Verantwortung offen sind; Akteure, die die jeweils anderen als Feinde betrachten und ihnen ein Lebensrecht in ihrem Gebiet absprechen, so die Hamas und die aktuelle israelische Regierung, erhielten dagegen (möglichst auch von den arabischen Ländern)

keinerlei Akzeptanz und keinen Cent an Unterstützung mehr. In der weiteren Konsequenz würde allen Gruppen, die die jeweils andere Seite vertreiben oder vernichten wollen, ihre Auflösung als politisch-militärische Akteure nahegebracht – eine ursachenorientierte Form der Konfliktlösung nach dem Vorbild des Karfreitags-Abkommens, mit dem der dreißig Jahre lange nordirische Bürgerkrieg 1998 beendet werden konnte und eine Phase des Friedens in der Region begann.

China-Politik

Die Volksrepublik China, die nach ihrer Entstehung 1949 militärisch, politisch und ökonomisch schwach und international zunächst weitgehend isoliert war, ist heute wirtschaftlich, politisch und militärisch eine Weltmacht. Dazu musste China den Maoismus, ein totalitäres, strikt planwirtschaftliches System überwinden und sich politisch flexibler verhalten, vor allem aber ökonomisch lernfähig in die Weltwirtschaft integrieren – ein Prozess, in dem die Kommunistische Partei Chinas ihre politische Macht behielt, lange Zeit internationale völkerrechtliche Normen aber respektierte.

Dies hat sich in den letzten Jahren geändert: China operiert zwar immer noch als global hochgradig vernetzte Handelsmacht mit gewisser militärischer Zurückhaltung – so hat es bisher darauf verzichtet, Taiwan militärisch anzugreifen; das Land, inzwischen zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Erde, strotzt inzwischen aber geradezu von Machtwillen auch auf Kosten anderer. So betreibt das Land die Strategie, andere Länder und Wirtschaftsregionen von sich ökonomisch abhängig zu machen, baut sein Waffenarsenal inklusive künstlicher Intelligenz schneller als jeder andere Staat aus, ist auch im Weltraum zu einer aggressiveren Strategie umgeschwenkt und führt gezielt quasimilitärische Konflikte (mit den Philippinen, Japan und anderen Ländern) um umstrittene Inseln in seinem weiteren Umfeld. Das Land kündigt immer wieder propagandistisch überhöht an, Taiwan (eine Insel, die in ihrer Geschichte nie chinesisch war und bisher demokratisch regiert wird) mit der Volksrepublik militärisch *wiedervereinen* zu wollen. Im Ukrainekrieg hat es sich zwar gegen den Einsatz von Atomwaffen gewandt, lässt den Aggressor Russland aber auch bei schlimmsten Menschenrechtsverbrechen gewähren, ja unterstützt ihn durch massive Öl-Käufe und symbolische Formen der Unterstützung. Anfang September 2025 erklärten Xi, Putin und der nordkoreanische Staatspräsident Kim Jong-un, dass sie jede *von den USA und Europa bestimmte Weltordnung ablehnen* – eine populistische Denkfigur.

Hierauf reagiert die europäische Außen- und Sicherheitspolitik verunsichert zwischen weiteren wirtschaftlichen Kooperationsangeboten und der symbolischen Forderung, die Menschenrechte, etwa gegenüber den Uiguren, einzuhalten. Soweit es die Technologieentwicklung, zum Beispiel 5G-Technik angeht, schwanken alle Länder von voller Kooperation bis zu demonstrativer Ablehnung einer Kooperation mit China – mit dem Ergebnis einer weiteren Machtsteigerung des Landes auch als Führungsstaat der BRIGGS-Staaten und der Länder des *globalen Südens*.

All dem stehen drei Tatsachen gegenüber:

- 1) China hat seinen fulminanten Aufstieg zur wirtschaftlichen Großmacht im Rahmen des bestehenden multilateralen Systems der Weltwirtschaft vollzogen und ist auch weiterhin von dessen Funktionieren abhängig.
- 2) Mit der stürmischen technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist die Erde in das Zeitalter des Anthropozäns übergegangen; die ökologischen Grundlagen des Lebens auf der Erde sind also zunehmend durch den Menschen bestimmt – eine von machtbornierten Akteuren wie Xi, Putin, Trump & Co bisher verdrängte Tatsache, die alle weltpolitischen Akteure um den Preis des menschlichen Überlebens auf der Erde zur Zusammenarbeit zwingt.

- 3) In einer *polyzentrischen Welt* (das Leitkonzept des Unilateralismus) geraten Großmächte früher oder später in Konflikt miteinander, womit ein mit allen Massenvernichtungsmitteln ausgetragener Weltkrieg wahrscheinlich wird. Auch demgegenüber wird ein globales Miteinander mit effektivem Völkerrecht zur Pflicht und letztlich einzig realistischen Option.

Angesichts dessen verfolgt wertbewusst realistische Außenpolitik das Ziel, China wieder zur Haltung gegenseitigen Respekts in gemeinsamer Verantwortung (globaler Zivilität) zu bewegen. Diesem Ziel dienen interne Lippenbekenntnisse nicht; vielmehr sollten gegebene Kommunikations- und außenpolitische Handlungsräume dazu genutzt werden, Grundwerte, die auch im Eigeninteresse eines global agierenden China liegen, klug und energisch zu vertreten. Dazu gehört es, sich mit der routinehaft verbreiteten Formulierung Chinas auseinanderzusetzen, man wolle und müsse nicht belehrt werden. Worum es geht, ist nämlich keine (einseitige) Belehrung. Vielmehr war die chinesische Kultur in vielen Phasen der Geschichte anstoßgebend und sollte auch heute zu einem globalen Umdenken in Richtung gemeinsamer Verantwortung beitragen.

Politik gegenüber den USA

In den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) konnte bis 1965 nicht das ganze Volk an politischen Wahlen teilnehmen, da die schwarze Bevölkerung hiervon ausgeschlossen war. Noch heute verhindert das geltende Vorwahl-System effektive Wahlchancen von Kandidaten ohne beträchtliche Geldmittel. (Überwiegend farbige) Straffällige haben kein Wahlrecht, Wahlkreise werden nicht selten nach herrschenden unilateralen Interessen unfair abgegrenzt (*Gerrymandering*) und das Demokratieprinzip der unmittelbaren Wahl ist durch die immer noch bestehende Institution der *Wahlmänner* verletzt – beträchtliche Einschränkungen der US-Demokratie.

Im Zweiten Weltkrieg trugen die USA allerdings entscheidend zur militärischen Überwindung Hitlers und der japanischen Militärdiktatur bei und förderten nach diesem Krieg vor allem in Europa und Japan die stabile Entwicklung demokratischer Wahl- und Regierungssysteme. Dabei präsentierte sich das Land über viele Jahrzehnte hinweg als globale Vormacht freiheitlicher Demokratie. Dem entsprechen traditionelle politische Bezeichnungen wie die Parteibezeichnungen *Republikaner* und *Demokraten*, die Parlamentsbezeichnungen *Senat* und *Repräsentantenhaus*, die Bezeichnung des Parlamentsgebäudes als *Capitol* (in Anspielung auf die altrömische *Res publica*) und die traditionell zentrale Stellung der US-Verfassung.

Donald Trump, der bei der Vereidigung zu seiner zweiten Präsidentschaft seine Hand nicht, wie gefordert und ansonsten üblich, auf die Bibel und die US-Verfassung legte, präsentiert sich demgegenüber mit seiner Entourage als zunehmend autoritärer Herrscher – im Inneren gegenüber den Medien, dem Kongress, den Bundesstaaten, den Wissenschaften und allen freien Formen von Gesellschaft, gegenüber Staaten, die er als ohnmächtig oder als von ihm überwiegend abhängig betrachtet (Palästinenser, Grönland, Panama, Kanada, Mexiko, andere südamerikanische Staaten, europäische Länder, afrikanische Länder), als Möchtegern-Imperialist, gegenüber Staaten, die er als mächtig betrachtet (wie China) in einer Mischung aus Anerkennung und Konkurrenz. Dabei achtet er Antikorruptionsnormen kaum, sondern betreibt Politik häufig zu seinem persönlichen oder familiären Vorteil.

Dass all dies die europäische Außen- und Sicherheitspolitik hochgradig verunsichert, überrascht nicht: Immerhin ist damit die bisherige Führungsnation des sich als demokratisch verstehenden Westens dabei, die Seiten in Richtung Autokratie zu wechseln. Das Land mit dem bis heute bei weitem größten Waffenarsenal, das zumindest den NATO-Mitgliedsländern sicheren Schutz gegen etwaige militärische

Angriffe versprach, wird zu einem Risikofaktor, ja bedroht potentiell die Unabhängigkeit und Freiheit demokratischer Staaten.

Angesichts dessen versuchen die europäischen Staaten, eigene Verteidigungs-Kapazitäten aufzubauen oder zu verstärken, Trumps Forderungen so weit wie möglich entgegenzukommen und ihn durch einen möglichst konstruktiven Umgang sowie Schmeichelei zu beschwichtigen – rational erscheinende Verhaltensweisen. Übersehen wird dabei allerdings, dass sich mit dem aktuell herrschenden US-amerikanischen Denken und Handeln institutionelle Errungenschaften auflösen, die über Jahrhunderte hinweg ein friedliches und produktives Miteinander ermöglicht haben, so Menschenrechte, faire Verfahren, Wissenschaft und andere multilaterale Institutionen.

Angesichts dessen reicht es nicht aus, dass sich Europa an aktuelle US-amerikanische Politikvorstellungen anpasst. Vielmehr müssen populistische Lügen auch mit überprüfbaren Fakten gekontert werden; denn wenn sich Lüge und Wahrheit nicht mehr unterscheiden lassen, ist totalitäre Herrschaft nahe – eine Aussage, die Hannah Arendt (1951) zugeschrieben wird (sich in ihrem Werk allerdings nicht präzise verorten lässt). Zum anderen muss verstanden werden, wie unilateralistisches Denken und Handeln das allgemeine Wohl beschädigt, ja ins Desaster führen kann.

Ein Beispiel hierfür bildet Trumps These, jedes Land müsse sich selbst verteidigen oder aber für seine Verteidigung entsprechend an den Verteidiger zahlen – eine auf den ersten Blick vernünftig erscheinende These. Dementsprechend wurde Trumps entsprechende Agenda (2%-, später 5%-Kriterium der Staatsausgaben für Rüstungsausgaben) von den NATO-Mitgliedsländern recht rasch übernommen, forciert durch die Notwendigkeit, sich gegen einen möglichen Angriff Russlands wirkungsvoll zu wappnen. Dabei geriet allerdings ein fundamentaler Sachverhalt aus dem Blickfeld, der im Zeichen der früher sicheren Schutzmacht USA klar war: Muss jeder jederzeit in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen, ist dies weit weniger produktiv und wohlfahrtsförderlich als ein gemeinsam organisierter effektiver Schutz. Veranschaulichen lässt sich dies anhand von Sportlern, die während ihres Wettkampfs jederzeit damit rechnen müssen, erschossen zu werden – eine offensichtlich wahnwitzige Vorstellung; denn selbstverständlich sind Sportveranstaltungen gemeinsam so effektiv zu schützen, dass sich die einzelnen Beteiligten mit Freude und vollem Engagement auf ihre operativen Tätigkeiten (Spielen, Zusehen, Kommentieren usw.) konzentrieren können. Genau nach diesem Muster lässt sich jedes faire Verfahren [zivilitätstheoretisch](#) verstehen, zweidimensional differenziert in einer unabhängigen Regel- beziehungsweise Sicherheitsdimension und einer unabhängigen operativen Dimension.

Wertbewusste realistische Politik gegenüber den USA zielt dementsprechend darauf ab, Sicherheit nach wie vor eigenständig, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen, zu sichern. Die USA lehnten dies zwar bereits in der Vergangenheit ab, boten dafür aber an, diese Funktion als Schutzmacht mit über- ragen- den militärischen Kapazitäten wahrzunehmen – eine Mischung aus Macht- und zweidimen- sionaler Struktur als *Weltpolizist*. Wenn Trump dieses Modell nun beendet, aber nach wie vor keine eigenständige Regel- und Schutzfunktion der Vereinten Nationen akzeptiert, bedeutet dies einen gra- vierenden allgemeinen Sicherheits- und Wohlfahrtsverlust – wobei der bisher größte Waffenlieferant, die USA, nun noch mehr Waffen und andere Rüstungsgüter verkaufen kann (entsprechend Trumps Motto: *America First*).

Wer diese Zusammenhänge erkennt, wird nicht nur eigene Verteidigungskapazitäten, sondern auch die Vereinten Nationen bestmöglich zu stärken suchen.

Klimaschutzpolitik

Gegenwärtig gibt es kein größeres und dringlicheres Sicherheitsproblem der Menschheit als die sich beschleunigende Überhitzung der Erde durch anthropogene Treibhausgase. Dieses gemeinsame Sicherheitsproblem legt effektiv koordiniertes, zielführendes Handeln nahe; die Wirklichkeit allerdings ist eine andere: Auch nach mehr als einem halben Jahrhundert internationaler Klimapolitik (seit der Stockholmer Umweltkonferenz 1972) steigen die globalen Emissionszahlen von Treibhausgasen weiter an, allen Klimaschutzplänen und allen Prognosen zum Trotz – bereits jetzt ein ökologisches Desaster; denn Phasen extremer Trockenheit und Brände, Überschwemmungen, lebensgefährliche Stürme und Abbrüche etwa in den Alpen werden immer häufiger und verstärken sich mit steigenden Opferzahlen. Vor allem aber entstehen mit dem raschen Abschmelzen der Polkappen, dem Auftauen der Permafrostböden, dem erlahmenden globalen Jet-Stream und der Erwärmung der Weltmeere hochrisikohaltige Kipp-Momente des Weltklimas.

Die Gründe dieses globalen Politikversagens werden bisher nicht öffentlich analysiert und thematisiert – ein Ausdruck und Moment der herrschenden Verdrängung des Problems. Zielbewusst strategische Außenpolitik aber hat sich gegebenen Herausforderungen und damit auch dem eingetretenen Politikversagen des globalen Klimaschutzes offen und lernfähig zu stellen.

Beträchtlich zum Versagen der globalen Klimapolitik beigetragen hat meines Erachtens die Entscheidung, nicht nur den Willensbildungs-, sondern auch den Entscheidungsprozess zur globalen Klimapolitik großenteils in die Hand wissenschaftlicher Organisationen, so des Weltklimarats (IPCC) und Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) zu geben. Damit bildete sich zwar ein enorm starkes globales Forum zum Austausch über die Klimaproblematik; der Entscheidungsprozess globaler Klimapolitik aber wurde, vor allem durch die Anforderung einstimmiger Beschlüsse sowie den ritualhaften Charakter jährlicher Konferenzen, eher behindert als gefördert: Die wirklich entscheidungsfähigen Akteure, darunter der chinesische Ministerpräsident Xi Ping Ling, der US-amerikanische Präsident, die Staatsspitzen anderer Nationalstaaten und große Öl-Konzerne, konnten sich in diesem Willens- und Entscheidungsprozess der Quasiwissenschaftlichkeit weitgehend verstecken, entweder indem sie gar nicht auftauchten oder aber lediglich extrem langfristige und praktisch nicht verifizierbare Zusagen zu Handlungszielen eingingen.

Ein Hintergrund dieses Politikversagen ist die Tatsache, dass Organisationen ohne gesichertes Budget nur durch öffentliche Präsentation erfolgreich operieren können; ja sie sind auf regelmäßige öffentliche Präsentation angewiesen und operieren dementsprechend nicht nur nach Betroffeneninteressen, sondern auch und gerade nach ihren Helferinteressen (daran, für Hilfsmöglichkeiten, Expertise etc. dauerhaft gebraucht zu werden). Damit aber zielen sie nicht darauf ab, die Klimaproblematik zu bewältigen, sondern diese laufend zu bearbeiten und sich dabei nachhaltig als Helfer präsentieren zu können. Dazu kommt der Aufstieg unilateralistischen Denkens und Handelns: Große Ölkonzerne und Ölförderstaaten, insbesondere die USA als inzwischen größtes Ölförderland der Welt, haben angekündigt, ihre Förderung fossiler Brennstoffe sogar noch auszuweiten – womit sich die Menschheit sehen den Augen in ihre Selbstvernichtung durch die weitere rasche Überhitzung der Erde stürzt. Dabei verdrängen (insbesondere die US-amerikanischen) Rechtspopulisten die aktuelle Klimakrise völlig, ja versuchen ihre Thematisierung zu unterdrücken. Aber auch Linkspopulisten assoziieren die Klimaproblematik lediglich mit Formeln wie *Kapitalismus* oder *Globaler Süden*, entziehen sich also einer gemeinsamen Problemanalyse und gemeinsamem Handeln zur Problemlösung.

Effektive Klimaschutzpolitik verlangt daher eine professionelle Politik gegenseitigen Respekts und gemeinsamer Verantwortung. Dabei verbinden sich Klimaschutz-Anstrengungen mit globaler Zivilitätspolitik.

Wertbewusst realistische Außenpolitik im Zusammenhang

Einzelne Fälle oder Herausforderungen von Außenpolitik haben zwar jeweils besondere Kontexte, sind aber nicht völlig getrennt voneinander. So ist, wer die Ukraine in ihrem Abwehrkampf schützen und damit das Völkerrecht verteidigen will, gleichzeitig aber jedes Vorgehen Israel gegen die Palästinenser (etwa *als Kampf gegen die Hamas*) rechtfertigt, dem Vorwurf ausgesetzt, widersprüchlich zu denken und zu handeln: Sollen Völkerrecht und Menschenrechte denn nun prioritär geschützt werden oder nicht?

Andererseits können Akteure nicht immer vollkommen souverän handeln. So sind die Ukraine und ihre Unterstützer gegenwärtig mit der labilen, manchmal sogar Putin-freundlichen Haltung der USA konfrontiert, eines Landes, das über die bei Weitem größten Waffenbestände der Welt verfügt und unter Donald Trump zunehmend imperialistische Ansprüche (unter anderem über Grönland) formuliert hat. Im Fall des Israel-/Palästina-Konflikts sind die USA sogar eindeutig Partei im Sinne der Israelischen Herrschafts- und Annexionspolitik gegenüber den Palästinensern (Beach-Resorts-Plan Trumps, Verlegung der US-amerikanischen Botschaft nach Jerusalem, massive Waffenlieferungen, öffentlich-politische Unterstützung im Sicherheitsrat der UN, Verfolgung jeder inneramerikanischen Kritik an seiner Israelpolitik als *antisemitisch*). Eine konsequent wertorientierte Außenpolitik im Sinne von Normen gegenseitigen Respekts führt also absehbar zu Spannungen nicht nur mit Russland, sondern auch mit den USA.

Will Europa die Vereinten Nationen stärken, so steht dies in Gegensatz zu den *geopolitischen* Interessen der USA, Chinas und Russlands. In der globalen Klimaschutzpolitik schließlich blockieren neben diesen drei Großmächten noch weitere Länder, so vor allem reiche Öl- und Gasförderstaaten und selbst kleinere Ölschiefer-Produzenten wie Kanada, ausreichend raschen und tiefgehenden Klimaschutz. Damit entsteht der Eindruck, eine wertorientierte Außenpolitik gegenseitigen Respekts in gemeinsamer Verantwortung (Zivilität) sei grundsätzlich unrealistisch.

Gerade für eine verantwortungsethisch reflektierte Politik ist Realismus allerdings grundlegend; denn nur wer gegebene Situationen realistisch wahrnimmt, kann die absehbaren Folgen eigenen Tuns verantwortungsbewusst abschätzen. Damit aber ergibt sich ein neuer Realismus-Begriff der Außenpolitik, der über das traditionelle außenpolitische Realismus-Verständnis hinausgeht, das sich lediglich an Eigeninteressen und Macht orientiert: Wertbewusster Realismus.

Wertbewusst realistische Außenpolitik zeichnet sich bei aller Kontextsensibilität einzelner Fälle durch ein außenpolitisches Profil aus. Demnach wird Außenpolitik im Bewusstsein dafür betrieben, dass ein friedliches Miteinander und die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen gegenseitigen Respekt in gemeinsamer Verantwortung (gesicherte Zivilität) brauchen. Demnach präferieren Akteure faire Verfahren mit gleichem Recht und gesicherten operativen Freiheiten für alle Beteiligte, so effektiv gesichertes Völkerrecht und Menschenrechte. Dies tun sie allerdings nicht blind moralisierend, sondern in vollem Bewusstsein für die realiter gegebenen Handlungsbedingungen, insbesondere für Bedrohungen und Einschränkungen, aber auch für gegebene Möglichkeiten und Potentiale von Zivilität.

Hierbei wird prinzipiell versucht, Normen gegenseitigen Respekts in gemeinsamer Verantwortung zu verankern, zu schützen und zu stärken. Verhaltensweisen und Politiken, die diesen Grundwerten zuwiderlaufen, werden im Bewusstsein ihrer Potentiale, Grenzen und Macht wahrgenommen – Voraussetzung dafür, sich den gegebenen Bedingungen realistisch anpassen zu können, sich auch mit Akteuren verständigen zu können, die andere Grundwerte verfolgen, oder aber Konflikte im Bewusstsein möglicher Folgen einzugehen und auszutragen.

Dabei können Akteure ihre Auffassungen bei gesicherter oder entfalteter Zivilität, gegründet auf gegenseitige Bindungen, frei austauschen und Herausforderungen besonders produktiv bewältigen – eine besonders günstige Rahmensituation. Ist Zivilität dagegen nicht gesichert, müssen sich die Beteiligten vor potentiellen Übergriffen der jeweils anderen effektiv schützen – eine weit kostenträchtigere Situation, die leicht zu wirtschaftlichem Niedergang und sogar zu Krieg führen kann.

Dementsprechend erwerben sich Akteure, die sich gegen zivilitätsfeindliche Aktivitäten effektiv wehren, große Verdienste um das allgemeine Wohl. Noch größere Verdienste aber diejenigen, die es schaffen, eine zivilitätsfeindliche Situation in eine Situation zunehmender Zivilität zu verwandeln. Die Kunst der Außenpolitik besteht damit darin, a) zu wissen, unter welchen Bedingungen gehandelt wird, b) wie man sich realistisch unter den jeweiligen Bedingungen verhält, c) wie schlechte Bedingungen in bessere überführt werden können. Genau dafür sollte der Friedens-Nobelpreis verliehen werden, nicht aber an Akteure, die Konflikte durch unilateralistisches Denken und Handeln verstärken oder neu produzieren und sich dann als Deal-Maker präsentieren.

Europäische Außenpolitik

Von 1914 bis 1918 tobte in Europa der Erste Weltkrieg im Zeichen nationalistisch-chauvinistischen Denkens und von 1939 bis 1945 der Zweite Weltkrieg, der durch den in Deutschland zur Herrschaft gekommenen Nationalsozialismus gezielt vorbereitet und ausgelöst wurde – historische Lehren für Europa: Mit der Gründung der Montanunion (1951), der deutsch-französischen Versöhnung und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1956) wurde in Europa der kriegstreiberische Unilateralismus aber überwunden. Schließlich entstand mit den Verträgen von Maastricht 1992 eine multilaterale Organisation neuen Typs, die zumindest programmatisch auch eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik betreibt.

Diese Politik, die den Frieden wahren, internationale Sicherheit stärken und die Menschenrechte fördern soll, umfasst unterschiedliche Schlüsselakteure, so neben dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als EU-Außenminister und der EU-Kommissions-Präsidentin vor allem den Rat für Auswärtige Angelegenheiten mit den Außenministern sowie den Europäischen Rat, der die allgemeinen Leitlinien vorgibt – eine beträchtliche Herausforderung politischer Abstimmung und Orchestrierung. Dennoch ist die EU prinzipiell in der Lage, international geschlossen aufzutreten – eine angesichts der zunehmend dramatischen Situation der internationalen Beziehungen dringend erforderliche Fähigkeit. Darum geht es in den kommenden Jahren, Monaten, Wochen und Tagen.

Autor



Prof. Dr. Volker von Prittwitz

Freie Universität Berlin: <https://userpage.fu-berlin.de/vvp/>

Civility gUG, Berlin: <https://civility.berlin>

[Zivilitätstheorie](#) – [Politikanalyse](#) – [Umweltaußenpolitik](#) – [Katastrophenparadox](#)